

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,75 Mk. ohne Zust. tragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstand-Strohente Nr. 3. — Postkchtkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die festgesetzte Preisklasse 50 Pfg. außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelanb. und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 174

Donnerstag den 28. Juli 1921

87. Jahrgang

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

An die Bezugsberechtigten des Bezirks wird demnächst auf den Kopf $\frac{1}{4}$ Pfd. amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 2,85 Mk. ausbezogen.

Die Ausgabe erfolgt auf Abschnitt Y 7 der roten und grünen und Q 7 der orangefarbenen Rähmiltelkarte bez. Befehlsmäßigkeit der Ortsbehörde.

Anspruch haben nur diejenigen Personen, die bis 3. 7. 21. gemeldet waren. Verkaufstage bestimmen die Ortsbehörden.

396 b Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 25. Juli 1921.

Die Regierung ohne Mehrheit

Ueber Nacht ist die sächsische Regierung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten, die, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel des parlamentarischen Systems betrachtet, unbedingt zum Rücktritt der Regierung führen müßte. Wie schon gemeldet, begannen am Montag die Beratungen des Sonderausschusses über die Grundsteuer und über die Gewerbesteuer. Nachdem es anfangs schien, als ob sich die Bürgerlichen und die Sozialisten zu einem Kompromiß zusammenfinden würden, kam es am Dienstag zur glatten Ablehnung sowohl der Grundsteuer, als auch der Gewerbesteuerentwurfes, und zwar dadurch, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gegen die Vorlagen stimmten und nur die Sozialdemokraten und die Unabhängigen der Regierung Erfolg schafften.

Es besteht fast gar keine Aussicht, daß sich die durch die Ablehnung im Ausschuß für die Regierung entstehende schwierige Situation bis zu der für Freitag angeetzten Plenarberatung des Landtages noch bessern könnte. Jedenfalls werden am Freitag im Landtage die Dinge sich so gestalten, daß bei der Abstimmung über die beiden Regierungsvorlagen die Kommunisten aus der Reihe der Regierungsparteien ausschwenken und die Regierung im Stiche lassen. Es wird sich also dann nicht um eine Niederlage der Regierung handeln, wie sie schon sehr häufig im Landtage durch eine bürgerliche Zufallsmehrheit herbeigeführt wurde, sondern um eine Niederlage infolge einer erheblichen Verringerung der Regierungsbasis — ein Vorgang, der in einem parlamentarisch regierten Lande den Rücktritt der Regierung zur Folge haben müßte, wenn es sich nicht um eine ausgesprochene Kleberregierung handelt.

Finanzminister Heldt hat wiederholt und auch noch kurz vor der Ablehnung in bündigster Form erklärt, daß die Regierung auf diese Steuern nicht verzichten könne. Die Schwierigkeiten, die sich für die Regierung aus der Ablehnung dieser beiden Steuern ergeben, werden sich bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1921 sehr stark geltend machen.

Die schwierige Lage, in die die Regierung durch die Ablehnung der beiden Steuervorlagen gerät, ergibt sich daraus, daß der Ertrag der beiden Steuern von der Regierung selbst auf 270 Millionen Mark veranschlagt worden war und daß der Ausfall dieser Summe selbstverständlich den Wirtschaftsplan der Regierung stark erschüttert. Wäher war es die Aussicht auf die Erträge der Grund- und Gewerbesteuer, die die Geldgeber des Staates noch zu Krediten veranlaßten. Wenn nun die Aussicht auf diese Steuererträge nicht mehr vorhanden ist, wird auch bei den Geldgebern die Neigung zu weiterer Kreditgewährung nicht mehr vorhanden und infolgedessen für das Finanzministerium die Beschaffung der Deckungsmittel für das Defizit im Staatshaushaltsplane sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht sein.

Es wirft sich nun die Frage auf: Wie konnte die Regierung diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen? Das wäre möglich gewesen, wenn sich der Finanzminister bzw. die Regierung über den von bürgerlicher Seite bei den Ausschüßberatungen gestellten Milderungsanträgen gegenüber nicht so ohne weiteres abhaltend verhalten hätten. Aber für die Regierung handelte es sich darum, die Grundsteuer sowohl wie die Gewerbesteuer so zu gestalten, daß sie rein sozialistischen Parteiforderungen entsprechen. Wie bürgerliche Landtagsabgeordnete versicherten, konnte man sich nach dem vom Finanzminister Heldt eingenommenen Standpunkt und nach seinen letzten Erklärungen des Eindruckes nicht erwehren, als ob ein Teil der Regierungsmitglieder die Ablehnung der beiden Vorlagen geradezu provozieren und so eine Gelegenheit schaffen wollten, aus der ewigen Misere herauszukommen, in der sich die gegenwärtige Regierung infolge der Schwächen, bekanntlich nur auf 2 Stimmen beruhenden Mehrheit und der Unzuverlässigkeit der einen Regierungspartei, der Kommunisten, beständig befindet. Jedenfalls wurde unter dem Eindruck der Ablehnung der beiden Regierungsvorlagen nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unumwunden der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nunmehr doch sehr bald werde mit dem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen für den sächsischen Landtag rechnen müssen.

Sachsen und die Getreidemlage.

Nach dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide sind im neuen Erntejahr im ganzen Reiche 2,5 Millionen Tonnen Getreide (Brotgetreide, Gerste und Hafer) durch Umlage aufzubringen. Einem rohen Durchschnitt zufolge träfen demnach auf jeden Hektar 2,5 Doppelzentner Getreide. Die wirkliche Umlage auf die Länder nimmt aber nicht die Fläche zur Grundlage, sondern geht von der Ertragsfähigkeit des Bodens aus. Die Umlage haben die Länder deshalb nach dem Anteil aufzubringen, mit dem sie an dem Erntertrag im Durchschnitt der Jahre 1906—1920 beteiligt sind. Dadurch kommt Sachsen, das nach Schaumburg-Lippe und Braunschweig im ganzen Reiche die höchsten Durchschnittserträge (20,4 Doppelzentner) aufzuweisen hat (Preußen nur 17,8, Bayern 16,0, Württemberg 14,1 Doppelzentner), ziemlich schlecht weg. Für Sachsen wirkt weiterhin die Art und Weise, wie die Umlage verfeinert worden ist, recht ungünstig. Um nämlich den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit, die sich aus Kleinbesitz und Deputatleistungen ergeben, Rechnung zu tragen, wird nach dem Gesetz das Gesamtaufbringungsoll (2,5 Mill. Tonnen) vom Reiche für jeden Selbstversorger noch um den Betrag von 144 Kilogramm und um die die gegenwärtigen Selbstversorgerrationen übersteigenden Deputatleistungen erhöht. Den einzelnen Ländern wird wieder je nach der Zahl ihrer Selbstversorger und den geleisteten Deputaten der entsprechende Betrag von ihrem Umlagesoll abgezogen. Länder, die wenig Selbstversorger und Deputatberechtigigte haben, kommen dadurch in Nachteil gegenüber Ländern mit viel Selbstversorgern und Deputatberechtigigten, insbesondere Sachsen, wo durchschnittlich nur jeder 12. Mann Selbstversorger ist, während z. B. in Bayern jeder 3. Mann. Um bei der Intensität seiner Landwirtschaft Sachsen nicht so ungünstig in der Umlage zu stellen, hatte Sachsen mit Erfolg im Reichsrat den Standpunkt vertreten, daß höchstens der Selbstversorgerbedarf, und zwar nur mit 88 Kilogramm pro Kopf, bei der Umlage berücksichtigt werden sollte, daß aber von jeder weiteren Verfeinerung der Umlage abgesehen werden sollte. Der Reichsrat hat diesem Antrage zugestimmt. Leider hat aber der Reichsrat nicht nur die Deputatleistungen neu eingestellt, sondern auch noch die Selbstversorgerration auf 144 Kilogramm erhöht.

Die Folge von all dem ist, daß, während die Durchschnittsleistung im Reiche 2,5 Doppelzentner auf den Hektar beträgt, Sachsen 3,86 Doppelzentner pro Hektar abzuliefern hat. Die Unterverteilung in Sachsen selbst kann gleichfalls nur nach den Grundbesitzverhältnissen erfolgen, wie sie das Reich für die Länder anwendet. Die Umlage ist also nicht nach der Anbaufläche auf die Kommunalverbände zu verteilen, sondern nach dem Anteil der Kommunalverbände an den Durchschnittserträgen Sachsens in den Jahren 1906—1920. Bei diesem Umlageverfahren sind die besonderen Verhältnisse eines jeden Kommunalverbandes am besten berücksichtigt. Kommunalverbände in guter Bodenlage werden daher über den Landesdurchschnitt (3,82 Doppelzentner) kommen, während andere mit schlechter Bodenbeschaffenheit weniger abzuliefern haben werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse wird bei der weiteren Umlage auf die Gemeinden und einzelnen Erzeuger stattfinden.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Platz will kaum zureichen in diesem Jahre, für die Schausteller, Verkäufer usw. zum Vogel-schießen nämlich. Heute erfolgt die Vergebung der Plätze, und der Herr Platzmeister der Schützen-Gesellschaft hat keine leichte Aufgabe. Einmal will jeder Angemeldete überhaupt einen Platz haben — und ihre Zahl ist tatsächlich sehr groß —, dann aber will auch jeder einen guten Platz haben; na, dann gibts aber nur gute Plätze. Ein Panorama beansprucht 20 m, eine Rutschbahn 30 m, ferner kommt als Stammgast Karussell-Michael, außerdem aber eine Art-nale, eine Tunnelbahn, ein Kettenflieger (neu) usw., dazu alle die schon bekannten und noch unbekanntes Rad-, Fisch-, Pflasterkuchen-, Würstel-, Zigarren-, Spielwaren- usw. -Buden und -Stände und wer weiß was noch. Also auch in dieser Hinsicht steht ein richtiges Vogelschießen in Aussicht. Und nun: Tu Geld in denbeutel
Am Montag wird bekanntlich der Schützen-Ausflug

eine historische Gruppe „Obersachsen muß deutsch bleiben“ mitführen. Mit diesem Festzug ist aber gleichzeitig auch ein großzügiges Unternehmen für das Obersächsische Hilfswerk geplant. So soll u. a. auch eine Tombola stattfinden, deren Ertrag voll und ganz diesem Zweck zutommen wird. Zum Sammeln von Gaben hierfür werden ab Donnerstag Mitglieder der Schützen-Gesellschaft bei der Bürgerchaft vortreten (siehe Inserat) und hoffen dabei, nicht umsonst zu kommen. Man darf wohl in der Erwartung nicht fehlgehen, daß diese Tombola recht reich ausgestattet sein wird.

Der Buchbinder Robert Rudolf Emil Reif, geboren 1894 zu Dresden, wiederholt vorbestraft, unterföhlug eine Kiste mit Kleidungsstücken und verkaufte den Inhalt zum eigenen Nutzen. Weiter entwendete Reif in Dippoldiswalde Mitte Mai aus einer Wohnung eine Uhr und Ende gleichen Monats in der Herberge zu Reifsen eine Hofe; im letzteren Falle ließ er aber seine eigene schlechte Hofe zurück. Die 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts Dresden verurteilte Reif zu 9 Monaten Gefängnis.

Die Kartoffelernte in Gefahr. Von maßgebender landwirtschaftlicher Seite wird geschrieben: In West- und Norddeutschland herrscht bereits seit Monaten eine ungewöhnliche Trockenheit. Sie beginnt sich jetzt auch in Sachsen bemerkbar zu machen. Auf den leichten Böden fangen die Kartoffeln an, unzufallen und abzustorben, obwohl die Knollenbildung sich noch im ersten Stadium der Entwicklung befindet. Wenn nicht bald Regen fällt, müssen wir mit einem erheblichen Ausfall bei der Kartoffelernte rechnen, der um so empfindlicher sein wird, als wir sowieso eine größere Anzahl Felder mit schlechten Beständen aufzuweisen haben.

Die 3. Klasse der 179. Sächsischen Landeslosterie wird am 10. und 11. August 1921 gezogen. Die Erneuerung der Lose ist vor Ablauf des 1. August 1921 zu bewirken.

12 Gebote vor der Abreise. 1. Unterfuchen, ob alle Schlösser der Wohnung in Ordnung sind. 2. Eingangstür mit Eisenstäben versehen, weil Versicherungsanstalten im Einbruchsfalle sonst nichts bezahlen. 3. Langwierige Reparaturen wie Hutumformen, Pelzherrichten zum Reparieren geben. 4. Was für den Herbst gefärbt werden soll, zum Färben geben. 5. Spigenvorhänge, die nicht zu Hause gereinigt werden, zum Putzen geben. 7. Mottenschutz ins Klawier geben und nachschauen, ob alle Kästen und Laden mottensicher sind. 8. Ein offenes Gefäß mit Wasser in jedem Zimmer als Mottenschutz aufstellen. 9. Fußböden feucht aufwischen. 10. Wasserhähne, namentlich im Badezimmer, fest zudrehen, Gasmesser abdrehen, nachschauen, ob keine elektrische Flamme brennt. 11. Anmeldefcheine bei der Brotkommission holen. 12. Briefträger die Landadresse geben.

Schmiedeberg. Die Bahnbauten im hiesigen Ort und damit zusammenhängend die Arbeiten an der Verlegung der Strecke Obercarsdorf-Buschmühle machen tüchtige Fortschritte. Hier wachsen die Mauern für das künftige Bahngelände empor, dort werden Erdmassen bewegt zum zukünftigen Bahnkörper. Sobald die Brücke über die Sabisdorfer Straße angeliefert und montiert ist (die beauftragte Firma wird in nächster Zeit liefern), wird es auch möglich sein, die jenseits lagernden bez. abzutreibenden Erdmassen weiter aufwärts zu bringen, wo sie benötigt werden. Für die nächsten Wochen ist auch der Zuschlag für den Bau der Pöbelalbahn bis Wahlsmühle an eine der konkurrierenden Firmen zu erwarten und dürfte dann wohl bald auch mit deren Bau begonnen werden. Für eine dort benötigte eiserne Brücke ist eine solche bei Spechtitz vorgesehen. Seit Verlegung unserer Bahn infolge des Talperrenbaues stehen dort noch zwei Brücken unbenutzt über die Weißeritz. Man ist jetzt dabei, eine derselben abzubauen und nach dem Bahnkörper heraufzubringen, wo sie später verladen und an den neuen Standplatz gebracht werden wird.

Altenberg. In seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung hat der hiesige Stadgemeinderat bei namentlicher Abstimmung einstimmig Herrn Bürgermeister Just in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Altenberg und in Anbetracht seiner außerordentlichen Beliebtheit bei der Einwohnerschaft auf weitere 6 Jahre — das ist bis zum Jahre 1932 — wiedergewählt. (B. v. G.)

Rechenberg. Die Ruine, ein historisches Merkmal unserer Heimat, soll in nächster Zeit durch den Erzgebirgs-

verein wieder so hergestellt werden, daß Fremde sie besuchen können. Der Gemeinderat hat deshalb dem hiesigen Erzgebirgsverein das Verfügungsrecht in entgegenkommendster Weise abgetreten. Beiden Beschlüssen wird man auch in der Gemeinde zustimmen.

Dresden. Wie von hier gemeldet wird, hat bei den Urwahlen der Metallarbeiter die unabhängig-kommunistische Liste mit 7836 gegen die S.-P.-D.-Liste gesiegt, die nur 7163 Stimmen enthielt. 23 000 Mitglieder blieben der Wahl fern. — Heute Mittwoch findet, wie die Säch.-Böhm. Korrespondenz erfährt, ein sächsischer Ministerrat statt. Er wird sich in erster Linie mit der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer im Landtagsausschuß befassen. In der Frage der Besteuerung der Konsumvereine will die Regierung nachgeben. Von volkswirtschaftlicher Seite dürften die bisherigen Bemühungen um ein Zustandekommen der beiden Gesetze fortgeführt werden. Selbst wenn sie scheitern sollten, kann sowohl aus Regierungs- als auch aus Abgeordnetenkreisen von einer Regierungskrisis oder von Neuwahlen nicht die Rede sein. Man glaubt überdies in Regierungskreisen an eine Einigung. Grundsteuer und Gewerbesteuer sind auch recht ungeeignete Wahlparolen.

Wilsdruff. Die uralte Linde am Rittergut in Wilsdruff wäre am Montag beinahe einem Feuer zum Opfer gefallen. In dem hohlen Stamm entstand ein Brand, der glücklicherweise rechtzeitig bemerkt und bald gelöscht wurde. Die Linde stand an einer mit Erntegeräten gefüllten Scheune, so daß durch das rechtzeitige Eingreifen ein großes Schadenfeuer verhütet werden konnte. Auch die Linde ist erhalten geblieben.

Rohwein. Eine vom Deutschen Hygienischen Museum in Dresden zusammengestellte Ausstellung „Der Säugling und seine Pflege“ ist in hiesiger Schulturnhalle auf 8 Tage eröffnet worden. Die Ausstellung umfaßt alles auf dem Gebiete der Säuglingspflege Erdenkbares und gliedert sich in vier Abteilungen: 1. Vor der Geburt, 2. Ernährung des Säuglings, 3. Pflege des Säuglings, 4. Kinderkrankheiten. Der Zutritt der Ausstellung ist für Frauen und Mädchen.

Leipzig. In Leutzsch bei Leipzig ist am Montag abend der bekannte Politiker und sächsische Staatsminister a. D. Nischke gestorben. Nischke, der der Demokratischen Partei angehört, war schon seit langer Zeit leidend und hatte im Frühjahr des vergangenen Jahres das Finanzministerium krankheitsshalber niedergelegt.

Leipzig. Die Leipziger Friseurgehilfen (es kommen im ganzen etwa 800 in Betracht) kämpfen noch immer um die vom Arbeitgeberverband wie von der Regierung abgelehnte Freigabe der Sonntage. Zunächst legen die 40 bei den Mitgliedern der Tarifkommission eingestellten Gehilfen die Arbeit nieder. Der Arbeitgeberverband beschloß, trotzdem an der Sonntagsarbeit festzuhalten.

Oberlangwitz. Die Gemeinderatsmitglieder lehnten für sich eine Geldentschädigung ab, da sie ihr Amt auch weiterhin als Ehrenamt betrachten, und bewilligten dem Gemeindevorstand jährlich 2000 M. Aufwandsgehalt.

Zwickau. Wie verlautet, hat der Arbeiterschuß des König-Albert-Werkes, das zu dem Maximilian-Hüttenkonzern gehört, eine 6 Millionen Mark betragende Skistung für die Arbeiterschaft abgelehnt. Nach den Bestimmungen soll jeder Arbeiter, der 3 Jahre im Betriebe tätig ist, ein Sparrückbuch über 1000 M. erhalten, das als Kleinaktie und als finanzielle Beteiligung des Arbeiters am Werke gedacht ist. Es soll dem Arbeiter freistehen, sich noch mit weiteren Einlagen, denen eine 5 prozentige Mindestdividende gesichert ist, zu beteiligen.

Hohenstein-Ernstthal. Eine sofortige Kündigung der jetzt bestehenden Lohnartikeln beschlossen die Betriebsräte der hiesigen Web-, Wirk- und Färbereibetriebe mit Rücksicht auf die wieder fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise. Der Textilarbeiterverband wurde beauftragt, das weitere zu veranlassen. Der Geschäftsgang ist hier noch sehr gut.

Delsnitz. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Verkehrsverhältnisse im oberen Vogtlande Verbesserungen recht erwünscht erscheinen lassen, haben sich, wie uns geschrieben wird, die zuständigen sächsischen Stellen entschlossen, noch zwei weitere Kraftwagenlinien einzurichten. Es solle eine Verbindung zwischen Delsnitz und Falkenstein und weiter zwischen Delsnitz und dem an der böhmischen Grenze liegenden Ebnath (Richtung Rospitz) geschaffen werden. Um diesen Verkehr zu fördern, soll nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften eine weitere Kraftwagenunterstellhalle mit einem Kostenaufwand von rund 100 000 M. errichtet werden. (Ueberall werden neue Autolinien eingerichtet, und Dippoldisdissau vertritt man inzwischen auf gestellte Autowagen-axen!)

Die Schuld am Kriege.

Justizminister Schiffer über Leipzig.

In der kürzlich in Renscheid gehaltenen Rede machte der Reichsjustizminister Dr. Schiffer zur Frage der Kriegsschuldigen und der Kriegsschuld überhaupt folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Man will uns die Schuld an diesem Kriege geben. Wir dürfen aber keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, diese von feindlicher Seite gegen uns erhobene Beschuldigung zurückzuweisen und Verwahrung dagegen einzulegen. Wir sind in der ausreichenden Ueberzeugung in den Krieg gegangen, daß wir nur zur Verteidigung des Vaterlandes die Waffen ergriffen haben. Wir würden errotten müssen, wenn wir eitlem Ruhms und Vandalengüsten wegen zu den Waffen gegriffen hätten. Aber wir besaßen vor unseren Toren, denn wir wissen, daß wir nicht aus diesem Grunde, sondern nur um das Vaterland zu verteidigen in den Krieg gezogen sind. Und wenn man uns verdächtigt, daß wir die Waffen ergriffen haben in einer brutalen Weise, die in der Welt einzig dastehen soll, indem wir uns allein haben Kriegsverbrechen zuschulden kommen lassen, so müssen wir diese zurückweisen.“

Das Reichsgericht hat die Angeklagten nach bestem Wissen und Gewissen aburteilt. Aber nicht

diese Männer waren es, sondern unter Anführung eines grauenhaften Ungerechtigkeits, bei uns allein die Männer zu suchen und auf die Anklagebank zu bringen, die sich besondere Grausamkeiten zuschulden kommen ließen. Wenn überhaupt die Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden sollen, dann müßte das von allen Seiten geschehen. Deshalb verlangen wir, daß alle, die an dem Kriege schuldig sind, vor die Schranken eines unparteilichen Gerichtshofes gezogen werden, dann werden wir sehen, ob unser Vaterland in der Art wie es den Krieg geführt hat, vor anderen Völkern nicht bestehen kann.“

Die Kriegsschuldfrage im englischen Unterhaus.

Eine Anfrage Bottomleys, ob der britische Botschafter in Berlin angewiesen sei, Schritte zu unternehmen, um ein Entweichen der „Kriegsverbrecher“ zu verhindern, wurde von der Regierung verneint, mit dem Bedenken, die Regierung sei nicht der Meinung, daß dies erforderlich sei.

Beginn des vierten Aufstandes?

Generalkrieg in Rybnitz.

Aus Oberschlesien mehrten sich die Nachrichten, die aus einem unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines vierten Polenaufstandes schließen lassen.

In den Rybnitzer Gruben ist der Generalkrieg ausgerufen worden. Die Vorbereitungen zum Aufstand sind in vollem Gange. Aus den Ortschaften des Kreises Ratibor ist ein großer Teil der früheren polnischen Insurgenten herangezogen worden. Sie wurden im Kreise Rybnitz neu bewaffnet und sammelten sich bei Kaubitz. Große Waffentransporte aus dem Kreise Rybnitz in die Grenzorte des Kreises Ratibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neuberka werden drei Panzerzüge und sechs 10,5 Zentimeter-Geschütze von den Franzosen für die Polen ausgerüstet.

In Jawada bei Ratibor wurde ein polnischer Insurgent von Italienern festgenommen. Er war mit Sprengmitteln ausgerüstet und gab nach der Verhaftung zu, daß er dazu bestimmt gewesen sei, die italienische Wache in die Luft zu sprengen.

Unterbrechung des Telephon- und Zugverkehrs.
Der Telephonverkehr zwischen Ratibor und Ratiborhammer bzw. Dziergowitz war von den Insurgenten zeitweise vollständig gesperrt. Der D-Zug Breslau-Ratibor wurde von polnischen Banden überfallen und mehrfach angehalten. Bei Dziergowitz belam der Zug ein derartiges Feuer, daß er nach Randzin zurückfahren mußte. Von Randzin wurde die Station Ratibor um Hilfe angerufen. Eine Abteilung der Ratiborer Eisenbahner säuberte daraufhin den Bahnhof Dziergowitz, so daß der Schnellzug die Fahrt wieder aufnehmen konnte. Bei dem Kampfe erlitten zwei deutsche Eisenbahner schwere Lungenschüsse. Das Bestreben der Polen, sich in den Besitz der Eisenbahnstrecke zu setzen, ist unverkennbar. Der polnische Angriff scheint der Auftakt zu ernstern Ereignissen zu sein. Die Polen haben mit zwei Panzerzügen von Ratibor und Randzin aus angegriffen, die Bahnhöfe der Strecke besetzt und mit 500 Mann einen Angriff auf Dziergowitz gemacht.

Ueberall polnische Heberfälle.

Auch sonst steigt die Unsicherheit infolge des polnischen Terrors, namentlich auf dem flachen Lande. Ueberall machen sich polnische Banden bemerkbar. So wurde in Putau bei Ratibor die deutsche Brückenwache von 80 Polen mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten angegriffen. Auch Ratibor-Hammer wurde von polnischen Banden mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten beschossen. Es wurden zwei deutsche Frauen getötet. Ebenso ist das Dorf Markowitz von den Polen mit Maschinengewehren beschossen worden. Die Deutschen in Kaubitz haben telegraphisch den Kreisinspektoren von Ratibor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten angerufen.

Ein neuer Insurgentenangriff.

In Kostelitz fand Montag nacht ein neuer Insurgentenangriff statt. 50 bis 60 Mann griffen das Kommando der Apo an. Zwei Stunden später steckten die Insurgenten die Papatny-Mühle in Brand. Aus der Richtung Wilschmühle wurde sehr geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine stärkere Schützenlinie von regulären polnischen Truppen, unterstützt von polnischen bewaffneten Insurgenten, vor der Mühle lag. Die Papatny-Mühle ist vollständig niedergebrannt.

Teilweise Verständigung.

Oberster Rat am 4. August.

In der ober-schlesischen Frage ist eine leichte Annäherung Frankreichs an England wahrzunehmen. In einer Unterredung, die zwischen dem französischen Botschafter in London und Lord Curzon stattfand, wurde der Zusammentritt des Obersten Rates auf den 4. August festgesetzt. Am 28. Juli werden in Paris die alliierten Sachverständigen zusammentreten, um die Lösung des ober-schlesischen Problems vor der Zusammenkunft der Entente-Minister vorzubereiten. Die englische Regierung hat den Widerstand gegen die Sachverständigenuntersuchung fallen lassen, obwohl sie deren Nützlichkeit bezweifelt. Nach einer Havasmeldung hat sie sich mit der Prüfung durch die Sachverständigen nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Regierungsoberhäupter sich zur festgesetzten Zeit versammeln, wie auch das Ergebnis der Sachverständigenuntersuchung ausfallen möge.

Keine Zustimmung Englands zur Truppenentsendung.

Dagegen soll, wie der diplomatische Mitarbeiter der offiziellen Havasagentur bestätigt, der britische Außenminister in aller Form seinen Widerspruch gegen die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien aufrechterhalten haben während Frankreich ebenso hartnäckig die Notwendigkeit der Truppenverstärkungen betont. Unter anderem habe Lord Curzon versichert, daß diese Maßnahme

ble mit vieler Mühe in dem Abstimmungsgebiet wieder hergestellte Ruhe unterbrechen würde, daß sie außerdem einen entschieden deutsch-feindlichen Stempel tragen und in Deutschland den Eindruck hervorrufen würde, die Entscheidung werde ungünstig ausfallen, und daß schließlich Frankreich am Rhein genügend Truppen zur Hand habe, um Deutschland zur Vernunft zu bringen, wenn es versuchen würde, sich der Durchführung des Schiedsspruches der Verbändemächte über Oberschlesien zu widersetzen.

Da die vorherige Entsendung von Verstärkungen bisher in Frankreich als unentbehrlich angesehen wurde und zwar eine Entsendung vor seiner Entscheidung, so besteht also nur noch über diesen letzten Punkt eine Meinungsverschiedenheit zwischen der französischen und der englischen Regierung.

Die Tagesordnung der Konferenz.

Wie der „Intransigent“ mittelt, wird die Tagesordnung des Obersten Rates außer der ober-schlesischen Frage u. a. noch folgende Punkte umfassen: Das Reglement der türkischen Meerengen, die Sanktionen der Bestrafung der Kriegsschuldigen, die Frage der belgischen Priorität sowie damit in Zusammenhang stehende Probleme, die Frage der Finanzhilfe für Desterreich und eine eventuelle Hilfsaktion gegen die russische Hungertatastrophe, endlich die Probleme des nahen Ostens.

Paris als Konferenzort?

Nach dem Pariser „Journal“ wird der Oberster Rat aller Wahrscheinlichkeit nach in der ersten Augustwoche in Paris zusammentreten. Dadurch würde vermieden, daß die Alliierten über die ober-schlesische Frage verhandeln müßten. Lloyd George, des zuerst glaubte, im August nicht nach Frankreich kommen zu können, wird zwischen dem 5. und 10. August zu einer solchen Reise frei sein. Seit langer Zeit werden zum ersten Male die Vertreter der Vereinigten Staaten an dieser Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen. Man ist der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich an der ober-schlesischen Frage als interessiert betrachten, und zwar wegen ihres wirtschaftlichen Charakters.

Politische Rundschau.

Eine Ausdehnung der ober-schlesischen Industrie.

Breslau, 25. Juli. Auf Grund zahlreicher Terror- und Willkürakte haben die am 22. Juli in Gleiwitz versammelten Vertreter der sämtlichen ober-schlesischen Bergwerke und Hütten die Interalliierte Kommission darauf hingewiesen, daß trotz der Liquidierung des Aufstandes noch immer mehrere tausend Beamte und Arbeiter durch den auf den Werken und Bahnhöfen herrschenden Terror verhindert werden, ihrer Beschäftigung nachzugehen. Die Verwaltungen bitten dringend, die zur Beseitigung des Terrors auf den Werken und Bahnhöfen erforderlichen Sicherungen anzuordnen.

Von dem französischen Truppentransport.

Berlin, 25. Juli. Die deutsche Regierung betrachtet die Frage, ob eine der alliierten Regierungen allein berechtigt ist, den Durchzug ihrer Truppen durch das deutsche Reichsgebiet zu verlangen, lediglich als eine Frage des Rechts. Sie ist bereit, allen Anordnungen nachzukommen, soweit sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages im Einklang stehen. Die Rechtslage wird durch den Artikel 375 des Friedensvertrages in Verbindung mit Par. 2 des Anlageartikels 88 des Versailler Vertrages, woraus klar hervorgeht, daß die Interalliierte Kommission die Befugnis hat, eine Beförderungsanweisung von Truppen von Deutschland zu verlangen, da diese Beförderung im Namen der Gesamtheit der drei Mächte ihr Amt ausübt, klargestellt. Es ist aber nicht eine dieser drei Mächte allein berechtigt, derartige Anweisungen zu stellen.

Der englische Kommissar nach London berufen?

Paris, 25. Juli. Wie „Reit Parisien“ aus London erfährt, hat die englische Regierung den englischen Vertreter bei der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, Sir Harold Stuart, aufgefordert, dringend nach London zu kommen, um der Regierung über die Lage zu berichten. Die englische Regierung will ihn über die Meinungsverschiedenheiten befragen, die zwischen seinen persönlichen Telegrammen und der Note der Interalliierten Kommission an die Botschafterkonferenz bestehen.

Die Untersuchung im Fall Frauendorfer eingestellt.

München, 25. Juli. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung in Sachen Frauendorfer eingestellt. Die bis zu seiner Verurteilung von Frauendorfer geleitete Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums erläßt einen Nachruf, in dem zum Schluß betont wird, daß Frauendorfers Verdienste und Erfolge über seinem tragischen Schicksal nicht vergessen werden dürfen.

Die spanische Niederlage in Marokko.

Madrid, 25. Juli. Bei dem Ueberfall der Eingeborenen auf die spanischen Truppen in Marokko haben die Spanier 210 Tote und über 700 Gefangene verloren. Die spanischen Truppen mußten sich durch die Flucht vor der Uebermacht der Aufständischen retten, wobei sie fast ihre sämtlichen Waffen zurücklassen mußten. General Sylvestre, der die Truppen bei Melilla kommandierte, hat sich mit einem geradezu altspanischen Heroismus selbst den Tod gegeben. Als die Munition erschöpft war, mußte General Sylvestre den Rückzugsbefehl geben. Er selbst blieb an Ort und Stelle, bis der letzte Mann abmarschiert war, und wollte allein bleiben. Sein Generalstab lehnte es jedoch ab, ihn zu verlassen, und wenige Augenblicke später hatten sich General Sylvestre und seine Offiziere getötet.

Der Rheinschifferstreik.

Manheim, 25. Juli. Die in Koblenz und Essen geführten Verhandlungen wegen Beilegung des Rheinschifferstreiks hatten den Erfolg, daß die Maschinisten und die Seizer die Arbeit am Mittwoch wieder aufnehmen wollten, nachdem ihre Forderungen im Wesentlichen anerkannt waren. Nunmehr haben die Matrosen neue Forderungen gestellt, so daß wiederum

Verhandlungen nötig werden und die Aufnahme der Rheinischfahrt am Mittwoch in Frage gestellt ist.

Die Folgen der Trockenheit.

Berlin, 26. Juli. Der Reichslandbund hat an die Reichsregierung und die preussische Regierung folgenden Drahtersuchen gerichtet:

„Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Miskerte. Daher Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. Bitte daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Lokalbesichtigung Umlage schleunigst nachprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen.“

Nach einer amtlichen Neutermeldung ist das Gebiet, wonach Lloyd George mit dem Abg. Dr. Stresemann in privater Verbindung über die obersächsische Frage gestanden hat, unbegründet.

Die französische Regierung will einige größere deutsche Rheinschiffe bewaffnen und ihrer noch wesentlich zu verbleibenden Rheinschliffe „einverleiben“.

Ende dieses Monats will in Hamburg der Bürgerbund auf der Alster eine öffentliche Kundgebung für die schwarz-weiß-rote Flagge veranstalten.

Die neuen Steuervorlagen werden am Donnerstag zum erstenmal dem Reichsministerium beschäftigt und dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugehen.

Minister v. Beseler. Der frühere preussische Justizminister Dr. jur. Mag. von Beseler ist im 80. Lebensjahre in Berlin gestorben. Mag. Beseler wurde am 22. September 1841 in Rostock als Sohn des bekannten Rechtslehrers Georg Beseler geboren und trat 1863 in den preussischen Justizdienst ein. Am 21. November 1905 wurde er an Stelle Schönstedts zum preussischen Justizminister ernannt. In Beselers Ministerzeit fällt u. a. auch der Amnestieerlass vom 16. Juni 1913 anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers, der 24 000 Personen den Erlass ihrer Strafen gab. Sensationsprozesse, die in Beselers Ministerzeit fielen, so namentlich die Prozesse, die sich an die Eulenburg-Affäre anknüpften, gaben der Öffentlichkeit vielfach Anlass, auch an der preussischen Justiz und der Amtsführung des Justizministers Kritik zu üben, so daß sich Beseler wiederholt genötigt sah, sich zu rechtfertigen. Am 22. September 1916 konnte er seinen 75. Geburtstag noch im Amt als Justizminister feiern. Anlässlich des großen Aemterwechsels am 5. August 1917 trat er zurück. Sein Nachfolger wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Spahn. Dr. Beselers Bruder ist der Grobber von Antwerpen und Generalsgouverneur von Warschau.

Der künftige Reichsrat. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen solle; doch darf kein Land mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen haben. Die Ueberschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Venderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichsrat ergeben: Preußen 26 Stimmen, Bayern 10, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen — 6, ferner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme = 10, zusammen 63 Stimmen. Dieser Gesetzesentwurf beantragt eine Aenderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Späterer Zusammentritt des Reichstages? Die neuen Steuergesetze sollen bekanntlich im Reichstag in erster Lesung in den Tagen vom 6. bis 10. September beraten werden. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ soll jetzt feststehen, daß die neuen Steuergesetze noch nicht so weit vorbereitet seien, daß der Reichstag zu dem vorgesehnen Termin bereits darüber wird verhandeln können. Sollte diese Mitteilung richtig sein, dann würde mit einem späteren Zusammentritt des Reichstages gerechnet werden müssen.

Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen in Berlin. Die „Chicago Tribune“ sieht aus Berlin berichten läßt, sind die Besprechungen zwischen dem amerikanischen Geschäftsträger Dresel und dem deutschen Außenminister Dr. Rosen beendet. Auf alle Fragen Amerikas wurde eine befriedigende Antwort erteilt, deren wichtigste die war, wie sich Deutschland zu einer gesetzmäßigen Aktion stellen würde, die im Hinblick auf die amerikanische Friedensentscheidung unternommen werde. Die deutsche Regierung antwortete, daß sie eine Proklamation des Präsidenten Harding für annehmbar betrachte. Diese würde ihr gestatten, einen Botschafter in Amerika zu ernennen und die Friedenspräliminarien zu vereinbaren.

Der Wert der deutschen Handelschiffe. Die Reparationskommission wird am Donnerstag und Freitag zwei wichtige Sitzungen abhalten. Unter den zahlreichen Punkten der Tagesordnung befindet sich die Frage der Schätzung der Handelschiffe, die von Deutschland an die Alliierten abgetreten sind, und die Verteilung der Tonnage. Nach einer Mitteilung im englischen Unterhaus sind etwa 85 vom Hundert der ausgelieferten deutschen Tonnage England zugewiesen worden. 1 350 000 Tonnen wurden britischen und alliierten Firmen, etwa 75 000 Tonnen ehemals feindlichen Firmen überwiesen.

Die Bescheidungen der Helgoländer. Die preussische Regierung ist den Wünschen der Bevölkerung der Insel Helgoland weitgehend entgegengekommen. Das Gemeindevahrecht für Helgoland bietet genügend Sicherungen, um eine Ueberstimmung der eingewanderten Bevölkerung durch Landstrenge zu verhindern. Der Kernpunkt der neuen Bewegung liegt darin, daß die Helgoländer die neuen Reichssteuern nicht zahlen wollen. Auch in diesem Punkte sind Reichs- und Staatsregierung den Inselanern entgegengekommen. Minister Dominicus hat der bei ihm vorstehenden Deputation erklärt, daß das auf Preußen entfallende Einkommensteuermittel von den Helgoländern nicht gezahlt zu werden braucht. Die Helgoländer Bevölkerung hat demnach nur noch ein Drittel des Steueraufkommens zu tragen, da das zweite Drittel der Gemeinde, also ihnen selber, zufällt.

Unterdrückung der Presse im besetzten Gebiet. Die „Düsseldorfer Zeitung“, die erst seit einigen Tagen wieder erscheinen konnte, ist jetzt von der französischen Besatzungsbehörde erneut auf drei Monate verboten worden. Gründe sind für dieses Verbot nicht angegeben worden; man vermutet, daß die Maßnahme damit in Zusammenhang steht, daß das Vorgehen der Franzosen gegen die Presse im besetzten Gebiet und besonders in Düsseldorf zum Gegenstand einer parlamentarischen Kleinen Anfrage gemacht worden ist.

Die gefälschte Saaradresse. Die deutschnationale Fraktion hat im preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht: „Bei den Friedensverhandlungen in Paris Ende März 1919 wurde der Widerstand Wilsons und Lloyd Georges gegen die von Frankreich vorgeschlagenen Bestimmungen über das Saargebiet dadurch gebrochen, daß Clemenceau sich, wie Tardeu in der „Illustration“ ausgeführt hat, darauf berief, an den Präsidenten Poincaré sei eine Adresse von 150 000 Franzosen des Saarlandes gerichtet worden, in der diese um ihre Wiedervereinigung mit ihrem Mutterlande Frankreich gebeten hätten. Wie der Leiter der französischen Propaganda im Saargebiet, Major Richter, jetzt mitteilt, ist diese Adresse eine Fälschung gewesen. Ist die Staatsregierung bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie von der französischen Regierung die Vorlage dieser angeblichen Adresse verlangt und auf Grund der Fälschung eine Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet in die Wege leitet?“

Die Mißstimmung der „wiedergefundenen Brüder“. Die „Independance belge“ hat einen Berichterstatter nach Eupen und Malmedy geschickt. Er sagt, wenn man in öffentlichen Lokalen die „wiedergefundenen Brüder“ (!) besrage, wolle niemand mit Offenheit antworten. Wenn auch Eupen sein Schicksal anscheinend mit einer gewissen Bonhomie aufnehme, so zeige sich Malmedy im Gegenteil widerpenfig. Die Unzufriedenheit sei seit der Zurückziehung der Marz offenbar geworden. Alle Belgier, die dort lebten, seien darin einig, man murre nicht offen, aber man belege sich mit halben Worten, und im geheimen nähre man die verwegenen Hoffnungen. Die Bewohner der Bezirke seien zwar vielleicht nicht ganz Deutsche, aber sie seien von der Grenze, und sie hätten ihre Erziehung unter dem alten Regime erlangt, sie könnten also nicht ohne Erschütterung in die große belgische Familie eintreten. Hierzu gebrauche man Zeit. Das Blatt empfiehlt schließlich eine wohlwollende Freundschaft, damit die Mißstimmung verschwinde.

Rundschau im Auslande.

Der Schwager des österreichischen Erzkaisers, Prinz Rene von Parma, hat sich auf österreichischem Gebiet auf, trotzdem er landesverwiesen ist.

Prinzregent Alexander von Serbien hat sich mit der Herzogin Sophie von Vendome verlobt.

Der Beginn der Washingtoner Konferenz wurde endgültig auf den 11. November festgesetzt.

Der Staat Kalifornien hat neuerdings 400 japanische Familien ausgewiesen.

Die japanische Regierung hat die Absicht, eine 20-prozentige Abgabe von den in Japan einzuführenden deutschen Waren zu erheben, endgültig ausgesprochen.

Frankreich: Die harmlosen Franzosen.

Im Verlauf eines Banketts in Le Havre hielt der Präsident der Republik, Millerand, eine Rede, in der er u. a. erklärte: Frankreich hat weder zu Land noch zu Meer ehrgeizige Pläne. Frankreich bedroht niemanden. (!) Es hat keine anderen Pläne, als im Verein mit seinen Alliierten von gestern und seinen heutigen Freunden den Weltfrieden aufrecht zu erhalten und seine eigene Sicherheit zu garantieren. Frankreich wird glücklich sein, wenn die Konferenz von Washington Resultate haben wird, die den Frieden weiter sichern werden. — Die Friedensbestimmungen Millerands passen schlecht zu dem Säckelgerassel der französischen Chauvinisten, die zuletzt wieder einmal in den maßloseten Drohungen gegen Deutschland sich ergingen.

Frankreich: Ein blutiger Gewerkschaftskongress.

Der Kongress des französischen Allgemeinen Arbeitsbundes hat in Lille begonnen. Der Kongress hat bekanntlich eine außerordentliche Bedeutung, weil er über den Aufbruch an Ostka zu entscheiden soll. Gleich zu Beginn kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Als sich ein Redner der Minderheit zur Tribüne begeben wollte, wurde er von den Anhängern der Mehrheit aufgehalten. Es kam zu ersten Zusammenstößen, in deren Verlauf zahlreiche Revolververletzungen fielen. Zwei anarchoistische Delegierte sind schwer verwundet worden. Außerdem wurde ein Gewerkschaftssekretär am Arm verletzt. Sie mußten den Sitzungssaal verlassen. Auch andere Verbundene wurden aus dem Sitzungssaal entfernt. — Der „Intransigent“ meldet aus Lille die Ankunft des Generalsekretärs der Dritten Internationale, S. G. W. K. in Begleitung von drei anderen russischen Kommunisten. Sie sollen die Grenze in bis jetzt unaufgeklärter Weise passiert haben.

Italien: Tätschkeiten gegen einen Südtiroler Abgeordneten.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wurde Auer der deutschen Abgeordneten für Südtirol, Neut-Risso, beim Verlassen der Kammer tätlich angegriffen. Der Kammerpräsident ließ der Fraktion der deutschen Abgeordneten sein Bedauern darüber ausdrücken. Auch Ministerpräsident Bonomi sprach den deutschen Abgeordneten sein Bedauern aus und versicherte, daß die Polizei Maßnahmen am Echnge der Vertreter aller Parteien ergreifen habe.

Türkei: Erfolgreiche Gegenangriffe der Kemalisten.

Nach einer Parasmeldung sollen die türkischen Streitkräfte die griechische Sibiront durchbrochen haben und auf beiden Flügeln im siegreichen Vorstößen sein. Der Eisenbahnknotenpunkt Afium-Karahissar soll von den Türken erobert sein. Wenn diese Nachrichten sich bewahrheiten, so dürfte die griechische Armee in eine außerordentlich gefährliche Falle geraten sein. Denn mit dem Besitz von Afium-Karahissar hätten die Türken die für die griechische Armee lebenswichtige Eisenbahnverbindung nach Smyrna unterbrochen. Der ganze Nachschub für die Griechen wäre in Frage gestellt. — Nach dem griechischen Heeresbericht dagegen haben die griechischen Truppen den allgemeinen Vormarsch auf Angora angetreten. Ihre Vorhut ist stehen geblieben nur noch 30 Kilometer von der Stadt entfernt.

Karl Trimborn †.

Staatssekretär a. D. Geheimrat Trimborn, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags und der Deutschen Zentrumspartei, ist Montagabend an dem Folgen einer Operation gestorben. Die Beerdigung findet voraussichtlich am Freitag in seinem Wohnort Antel am Rhein statt. — In kurzer Frist hat die deutsche Zentrumspartei zwei ihrer langjährigen und bedeutendsten Führer verloren. Vor wenigen Tagen erst verschied der anerkannte Sozialpolitiker des Zentrums, der wegen seiner großen Verdienste auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt bei allen Parteien hochgeschätzte Reichstagsabgeordnete Prälat Dr. Hye, jetzt ist ihm in dem Abgeordneten Trimborn der Vorsitzende der Partei und der Reichstagsfraktion im Tode nachgefolgt. Karl Trimborn, am 2. 12. 1854



Dr. Trimborn, Führer der deutschen Zentrumspartei.

in Köln geboren, ließ sich in seiner Heimatstadt als Rechtsanwalt nieder. In der Politik trat er erstmals im Jahre 1896 hervor. Er wurde damals als Kandidat des Zentrums in Köln für Reichstag und preussischen Landtag gewählt. Im Landtag vertrat er Köln bis zur Revolution von 1918. Bei der Reichstagswahl 1912 dagegen unterlag er in Köln dem Sozialdemokraten Hofrichter. Er kam dann aber doch für den Siegfried in den Reichstag. Dort trat er mehr und mehr als einer der Hauptredner und Führer des Zentrums hervor. Anfang Oktober 1918 trat er zusammen mit den Abgeordneten Gröber und Erzberger in das Kabinett des Prinzen Max von Baden ein, dem er bis zur Novemberrevolution als parlamentarischer Staatssekretär des Innern angehörte. Nach dem Tode Gröbers im November 1919 wurde er Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages, deren Geschick er bis kurz vor seinem Tode leitete. Der verlorbene Zentrumsführer war ein ausgezeichnete Taktiker und genöß bei allen Fraktionen das größte Ansehen. Seinen Bemühungen ist es hauptsächlich gelungen, daß das Reichskabinett Fehrenbach in den kritischen Tagen vor der Konferenz in Spa zustandekam, wo deutsche Staatsmänner zum ersten Male in mündliche Verhandlungen über die Reparationsansprüche mit den Gegnern eintreten sollten. Auch innerhalb der Partei wußte er mannsfähige Gegensätze stets dank seiner großen politischen Erfahrung und der ihm als Kölner besonders eigenen rheinischen Fröhslichkeit auszugleichen. Mit ihm verliert das Zentrum einen der einflussreichsten und in der parlamentarischen Taktik erfahrensten Abgeordneten. Auch der Volksverein für das katholische Deutschland hat durch den Tod seines langjährigen Vorsitzenden einen schweren Verlust zu beklagen.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Kosner.

(50. Fortsetzung.)

„Mein Freund — was ist da viel zu sprechen? Unsere Herzen waren stärker als unsere Vernunft — als alle Vermutungen, die das Leben in diesen langen Jahren zwischen uns geteilt hat. Ich bin nicht leichtsinnig — und was ich tue, tue ich, weil ich nicht anders kann — zu schwach bin und zu feindsüchtig, um zu widerstehen, weil ich ein Glüd in meinem Leben haben will — und einen Menschen — Ich bin bei dir — hier bei dir —“ Sie bewegte den Kopf und sagte leise: — „eine Gegenwart ist uns gegeben —“ Sie hielt ein. Ihre Augen wurden feucht. Sie glaubte nun selbst, was sie sprach, und sah sie ergriffen von dem Schicksale, das sie zwang, all ihre Wünsche auf die Stunde zu beschränken.

Er sagte: „Heid, was wir verloren haben, das sind doch nur die Jahre hinter uns — Alles, was vor uns liegt, gehört noch uns, wir müssen es nur nehmen —“

Sie zog ein kleines Spitzentuch aus ihrem Rockchen und drückte es rasch an die Lider. — Es nehmte! dachte sie, nein, nein, so ging das nicht, und alles das lag doch in Wirklichkeit ganz anders. Ihre Augen trafen verstoßen unter dem dünnen Watist vor und nahmen sein Bild: diese Gestalt des großen Mannes, der mit vorgebeugtem Oberkörper und mit gespannten Jügen vor ihr lag. Der starre Wille, sich mit ihr jetzt eine Gasse durch das Leben zu schlagen, rüchloslos gegen alle, einen neuen Weg zu gehen, stand hinter dieser harten Stirn, ruhte in den grauen Augen, die, um Antwort bittend, warteten.

Ein leises Unbehagen kam an sie heran, eine Spannung und Bereitschaft, die jedes Wort und jede Geste prüfte. Sie hielt es nieder, wollte es kaum in das eigene Bewußtsein dringen lassen und fand nun doch vor ihm und seinem Willen, wie einer, der auf unsicherem Boden geht und jeden Schritt vorsichtig stellen muß. Sie ahnte widerwillig: hier wollten nun Ungelegenheiten an sie heran — unmögliche Pläne und Konsequenzen, die ihr ferne lagen.

„Wie denkst du dir das?“ fragte sie.

„So, wie du es willst.“

Sie lächelte gequält. „Nein — bitte, sprich du —“

Sage mir, wie du dir einen solchen Weg erträumst und gib mir so Anteil an deinem Traum —. Auch das ist Glüd —“

„Das ist kein Traum, Heid — das sind Möglichkeiten, die ohne weiteres im Bereich unseres Willens liegen — die nichts weiter verlangen, als daß wir uns gemeinsam ein neues Leben bauen wollen —! Ja — laß uns ganz „praktisch“ darüber sprechen, mit

Vergessen Sie nicht ein Tube Zahnpulver „Dr. 23“ für die Reise (Dr. Bahrs berühmtes Zahnpulver „Dr. 23“ in Pulverform) einzukaufen. Böwen-Apo theke und Drogerie Kommiss. In Schmiedberg; Drogerie zum Arenj.

Worten, die die Dinge beim Namen nennen, ihnen die Schleiter nehmen. Ich habe dir gesagt, daß dein Wille geschehen soll —. Was soll ich tun? Daß ich diesen Beruf aufgeben würde, scheint mir selbstverständlich. Du sollst bestimmen! Und sagst du mir: ich will, daß du nie wieder springst, denn du gehörst nur mir! — dann werde ich auch heute nicht mehr in den Irkus gehen und mich aus den Verpflichtungen meines Vertrages lösen. Ich bin nicht reich — aber ich bin wohlhabend geworden in den Jahren. Wir würden uns nicht zwei Autos halten können, wie sie dir jetzt zur Verfügung stehen, aber wir würden ohne Sorge leben können. Und ich will und würde arbeiten. Sicher würde ich bald etwas Passendes finden — vielleicht Beteiligungen an Unternehmungen, für die ich mich interessiere, und in die ich mich einleben könnte —. Alles das würde sich ergeben — alles das erscheint mir ganz selbstverständlich, bedarf nur deines Wortes — deiner Entscheidung —. Und über deinen Weg, deine Entscheidung müssen wir sprechen —.

Er hielt ein, griff nach ihrer Hand, hielt die zwischen seinen beiden Händen, die kalt waren, und in denen seine Erregung pulste.

Sie beugte sich zu ihm und strich ihm mit der freien Rechten über das kurze dunkle Haar.

„Mein Weg —“ sagte sie und wiegte dabei ihren Kopf in einer leisen Traurigkeit. „Peter, was dir die Tat von Tagen scheint, das wäre mir der Kampf von Jahren — vielleicht ein aussichtsloser Kampf. Gründe dafür? Ein Teil davon liegt wohl in mir — denke zurück an die Zeit damals vor den sieben Jahren, und du wirst wissen, was ich meine. Aber ich möchte gerade darüber schweigen — weil ich dich liebe —.“ Sie senkte ihren Blick, hielt sekundenlang ein. Die Lider lagen halb geschlossen unter den hochgewölbten Brauen, gaben dem schmalen Gesicht einen schönen Selbsteindruck, der eindringlich zu mahnen schien: Nicht daran rühren —! Dann aber schaute sie leicht auf und sprach mit neuem Ansatz und freierer Stimme weiter: „Der andere Teil der Gründe liegt nicht im Bereich unserer Kräfte — das ist dein Irrtum — der liegt bei den andern. Das alles ist bei uns nicht so, wie du wohl glaubst, und vor dem „neuen Leben“ liegen tausend Schwierigkeiten, die wegzuräumen gar nicht möglich ist. Ja — drüben in Amerika vielleicht, wo alle Kräfte freier sind und nicht so fest gebunden durch Traditionen und —. Peter, hast du denn nicht gerade unter diesen Dingen am meisten gelitten —?“

Er sah zu Boden auf den roten Teppich nieder. Sein Blick suchte in der Vergangenheit, war in der Ferne. Und seine Worte kamen langsam, siderten.

„Am schwersten habe ich unter der Einsamkeit gelitten, unter der Sehnsucht nach der Heimat — nein, nach dem Menschen, nach dem einen Menschen, der Heimatstelle an mir werden kann. Und wenn ich's heute übersehe: alles, was ich damals in diesen qualvollen Jahren Hoffnung genannt habe und Glauben, ungeborene Kraft — im Grunde ging doch alles diesen Weg. Den Menschen, zu dem ich mich gehörig fühle, hab' ich am bittersten gesucht —.“ Er hob den Blick. „Nun halte ich deine Hand —!“

Sie sagte leise: „Die soll auch in der deinen ruhen bleiben —.“

„Nein, Heidi — und das ist es! — nicht ruhen bleiben sollte sie. Mit meiner Hand zugleich, zusammen sollte sie handeln.“ Er schweig, fiel wieder in das Sinnen und fragte dann mit einem Male hart: „Weißt du ganz sicher, daß du deinen Mann nicht liebst?“

„Wie meinst du das?“ Sie war ein wenig aus der Fassung, konnte die sprunghafte Frage nicht beantworten.

„So, wie ich dich fragte: ja oder nein?“ (Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten

Französische Gemeinheit

Saarbrücken, 25. Juli. Am französischen Nationalfeiertage wurde an die französischen Truppen im Saargebiet, die vor dem Völkerverbund als sogenannte Sicherheits- oder Polizeitruppen gelten, obwohl sie, wie die zahlreichen von ihnen verübten Raubüberfälle auf friedliche Bewohner beweisen, in keiner Weise dazu geeignet sind, eine Bronzemedaille verteilt. Diese Medaille zeigt auf der einen Seite die Figur der Freiheit mit der Umschrift: „Gloire à tous Poilus“; die andere Seite enthält das Bild des ehemaligen deutschen Kaisers, der einen Maulkorb und einen eisernen Halsstragen mit einer dünnen Kette um den Hals trägt, dazu die Umschrift: „Guillaume d'erner“. Die Saarbevölkerung ist über die Verteilung dieser Medaille stark empört. Eine derartige „Auszeichnung“ muß unbedingt einen verheerenden Einfluß auf die Farbigen ausüben, dessen Folgen auf die Saarbevölkerung zurückfallen.

Keine Einstellung des Steuerhinterziehungsverfahrens gegen Erzberger.

Berlin, 25. Juli. Im Ermittlungsverfahren gegen Erzberger wegen Steuerhinterziehung hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin-Mitte auf den 28. Juli erneut verschiedene Zeugen zur Vernehmung vorgeladen. Danach dürfte von der Einstellung des Steuerhinterziehungsverfahrens keine Rede sein.

Produktenbörse zu Dresden, 25. Juli. Stimmung: Besser. Weizen — Roggen vom Sandboden 170 bis 175. Wintergerste 166 bis 176. Sommergerste, 181, 210 bis 215. Hafer —. Raps, trocken, 255 bis 265. Mais, ab Lager Dresden, unter 5000 kg 150 bis 155. Weizen 140 bis 155. Lupinen, blaue, 80 bis 90. Lupinen, gelbe, 105 bis 115. Pelusaten 155 bis 165. Kaffee 1200 bis 1350. Trockenmais per 50 kg netto 98 bis 101. Runkelrübenknäuel 108 bis 111. Stroh, ab Dresden, 16 bis 21. Weizenheu, neues, 106, 104, 53 bis 58. Dergleichen neues, nicht 104, 43 bis 48. Feinste Ware aber Kott. Die Preise verstehen sich per 50 Kilogramm. Mais und Kaffee für Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden. Heu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 Kilogramm, alles andere in Ladungen von 10000 Kilogramm.

4 hornlose Weltziegen zu verkaufen Ruppendorf 58.

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl Jehne

Fahrräder
Für 250 M.

erhalten Sie Ihr Rad, selbst das schlechteste, wie neu vernickelt und emalliert. Eigene Emallieranlage. Nicht zu verwechseln mit „niederw.“ Anstreich. Reparaturen (s. b. Art, wie Altenberger) Straßenbrüche, schlecht brennende Freilaufnaben. Carl Boyer & Walter Koch, Straße 185.

Hermisdorfer Weißkalk, Zement-Kalk, Portland-Zement, Mauerziegel
empfehlen
Braune, am Bahnhof.

Ia. Zementkalk, Portland-Zement, Schlesiſchen Weiß-Stückkalk,
empfehlen
Paul Derjoh, Zementwaren-Fabrik am Bahnhof.

Quittungs-Formulare über abgelieferte Steuermarken
für Gemeinde-Steuerentnahmen liefert
Buchdruckerei Carl Jehne.

Frauen-Verein.
Donnerstag Bahnhof.
Gesucht für sofort ein tüchtiges, fleißiges
Mädchen
für kleinen Haushalt bei bester Behandlung, welches ev. Kochen kann.
Frau Dr. Hentel, Dresden-N., Bagreuther Str. 34 II, r.

5 japanische
Södergänse
verkauft billig
Paul Wolf, Dippoldiswalde.

Schirme
werden in eigener Werkstatt nachgemacht repariert und neu bezogen. Auswahl in Größen, Stößen und Stoffen.
Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

Klimasan
schützt Ihre Gesundheit!

Wasser!
Büchelrutenforscher
Dr. Claus, z. Z. Wallroda bei Rabenberg, Pfarrhaus.

Hotelgeschirre,
Lassen und Rannen.
Hans Pfutz,
Dippoldiswalde i. Sa.
Fernsprecher Nr. 146.

Nicht daß man auf eine Zeitung abonniert ist, ist die Hauptsache, sondern daß man sie liest. Das kann aber meist nur mangelhaft geschehen, wenn zwei oder gar drei Familien zusammen eine Zeitung lesen. Die Folge ist, daß man nicht weiß, was in der Zeitung steht.

Eine elektrische Krone (7 Klappen) und 3 Lampen
sind zu verkaufen
Markt 45 II.

Mauerziegel,
Ia. Portland-Zement, Zementkalk, Teer, Dachpappe, Wäsche, Pfähle, Bau- und Düngestoffe, gesümpften Weißkalk, Dresdner Puhland empfiehlt
S. Göhler, Wlberndorf.

Witze weg!
Bester Schutz geg. Intelligenz. Zu haben bei Bruno Herrmann, Drogerie zum Kreuz, Schmiedeberg.

Beamter
sucht möbliertes Zimmer
für 1. August Offerten an das Amtsgericht erbeten.

Gebrauchte Bettstelle
mit Matratze oder Strohhalm zu kaufen gesucht. Angebote unter „N. 7.“ an die Geschäftsstelle.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Ehrungen, Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir hierdurch, besonders der lieben Jugend, unseren herzlichsten Dank.
Reinholdshain — Dresden-N., 23. Juli 1921.

Emil Rohberg
und Frau Martha, geb. Zimmermann
nebst Eltern.

Kasino Reinhardtsgrünna u. Umg.
Sonntag den 31. Juli
Kasino
Anfang 5 Uhr. Hierzu ladet herzlich ein d. V.

Priv. Schützengesellschaft Dippoldiswalde.
Von Donnerstag ab werden Mitglieder der Gesellschaft eine Sammlung für das
Oberschlesische Hilfswerk
vornehmen. Die Bürgerſchaft wird gebeten, diesen guten Zweck nach Kräften mit Gaben zu unterstützen.

Achtung! Landwirte!
Bringe Freitag, den 29. Juli bis Montag, 1. August 1921 im Gasthof Schmiedeberg bei Herrn Schenk einen Posten
Säde, Wagenplanen, Strohsäde, Pferde-regendecken, Ernteschürzen aus Planenstoffen
zum Verkauf.
Arthur Lehmann, Pirna,
Langestraße 26.

Roggen, Weizen Hafer, Gerste
auf Umlage sowie auch im freien Verkehr kaufen zu den festgesetzten bzw. höchsten Tagespreisen
Ehrlich & Hillig,
Pössendorf.

Schützenfest Dippoldiswalde

Sonntag, Montag und Dienstag, vom 31. Juli bis 2. August, soll auf der so herrlich, unmittelbar an der Stadt gelegenen festlich geschmückten Aue das diesjährige Schützenfest der hiesigen privileg. Schützengesellschaft abgehalten werden. Täglich nachm. 2 Uhr große Umzüge, am Sonntag mit den Vereinen, am Montag mit dem Festwagen geschmückten Festzug. Montag abend feierliche Illumination des Festplatzes. Dienstag zum Schluß großes Brillantfeuerwerk. — Sonnabend den 30. Juli abends 8 Uhr Zapfenstreich und Bierprobe in den Schanzkanten des Festplatzes. Freunde und Gönner des wahren Volksfestes, jung und alt von nah und fern sind hierdurch freundschaftlich eingeladen.

Die priv. Schützengesellschaft.
P. Hanbold, Vorsitzender. B. Sieholt, Hauptmann.